

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Erträge der Deutschen Flugsicherung (DFS) durch das QTE-Lease (US-Cross Border Leasing Transaction) vollständig bei der DFS als Eigenkapital belassen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Deutsche Flugsicherung GmbH (DFS) wurde 1992 vom Bund gegründet und mit einem Eigenkapital von 153,4 Mio. Euro ausgestattet. In den Folgejahren sollte durch handelsrechtliche Gewinne das Eigenkapital gestärkt werden. Ziel war es, in den Folgejahren eine Eigenkapitalquote von 20 Prozent zu erreichen. Nach wirtschaftlich erfolgreichen Jahren war das Eigenkapital bis zum Jahr 2000 auf 210,4 Mio. Euro angewachsen. Das Wirtschaftsjahr 2001 war das erste, das die DFS aufgrund der konjunkturellen Entwicklung und durch die Ereignisse des 11. September 2001 mit einem handelsrechtlichen Verlust in Höhe von 33,4 Mio. Euro abschloss. Diese Tendenz hat sich im Jahr 2002 fortgesetzt mit einem Verlust, der ohne eine erste QTE-Tranche ca. 30 Mio. Euro erreicht hätte. Ohne die weiteren QTE-Erlöse im Jahre 2003 wären die 2001 und 2002 aufgelaufenen Verluste von 63 Mio. Euro (vor QTE) noch nicht kompensiert worden. Die wirtschaftliche Struktur der DFS wird sich deshalb nur stabilisieren, wenn die Erträge durch das QTE-Lease ihr auch zu hundert Prozent zufließen. Geschieht dies nicht – wie von der Bundesregierung angekündigt wurde – wird sich die wirtschaftliche Lage der DFS beim nächsten Geschäftsrückgang weiter verschlechtern. Darunter hätte nicht nur die DFS selbst, sondern die gesamte deutsche Luftverkehrswirtschaft zu leiden. Die Bundesregierung widerspräche damit ihrer in der Initiative „Luftverkehr für Deutschland“ erklärten Absicht, die Rahmenbedingungen für den Luftverkehr in Deutschland zu verbessern.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ihre in der Initiative „Luftverkehr für Deutschland“ erklärte Absicht, die Rahmenbedingungen für den Luftverkehr in Deutschland zu verbessern, ernst zu nehmen;
2. den durch Abschluss des QTE-Leasingvertrages erzielten einmaligen und außerordentlichen Ertrag zu hundert Prozent in der DFS als Eigenkapital zu belassen.

Berlin, den 30. März 2004

**Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**

